

Beschluss Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit, Konsequenzen: Sicherheit muss für alle Menschen gelten

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Hand in Hand: Was sind unsere Antworten auf die erstarkende Rechte?

Antragstext

- 1 Jeden Tag gehen wir gewohnte Wege, mit der Sicherheit, dass nichts passiert. Von
- 2 Zuhause zur
- 3 Arbeit, zum Einkaufen, zum Lieblingscafé. Für die meisten Menschen in Deutschland
- 4 ist das
- 5 zumindest eine Selbstverständlichkeit. Aber was passiert, wenn diese Gewissheit
- 6 erschüttert
- 7 wird? Was bedeutet es, wenn das Sicherheitsversprechen des Staates nicht für alle
- 8 Menschen
- 9 gleichermaßen eingelöst ist?
- 10 Das geschah bei den Opfern der Keupstraße, die durch eine Nagelbombe des NSU
- 11 erschüttert
- 12 wurden, den jungen Menschen in Hanau, die in ihrem Stammcafé eine Shisha
- 13 rauchten, den
- 14 Menschen, die in ihrer Unterkunft in Solingen Zuflucht suchten, oder denen, die in
- 15 Halle
- 16 beten wollten. Es geschieht dort, wo Menschen auf Pride-Demonstrationen für ihre
- 17 Rechte
- 18 einstehen und angegriffen werden.
- 19 Es ist eine Reihe von wiederkehrenden rechtsextremen und rassistischen Anschlägen,
- 20 die
- 21 vielen Menschen in diesem Land Angst machen, sie ausgrenzen und entfremden. Die
- 22 Anschläge in
- 23 Hanau und Halle, München, Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen, die Taten des NSU,
- der Mord
- an Walter Lübcke - sie mahnen uns, zielgerichtet und konsequent gegen Hass und
- Menschenfeindlichkeit vorzugehen. Klar ist, dass jeder Mensch ein Recht auf
- körperliche und
- geistige Unversehrtheit hat.
- Das Ziel von Rechtsextremen ist, Menschen, insbesondere mit Migrationsgeschichte,
- aber auch
- Frauen und queere Menschen, einzuschüchtern und aus dem Alltag zu verdrängen.
- Unsere laute,
- vernehmbare Antwort darauf ist: Sie haben ein Recht auf einen sichtbaren Platz und
- Sicherheit in diesem Land.
- Die terroristischen Anschläge treffen unsere Gesellschaft bis ins Mark. Sie greifen auch
- das
- Gewaltmonopol des Staates an und stellen damit eine Gefahr für die innere Ordnung
- unseres
- Landes dar. Es ist unsere Aufgabe, diese Ordnung zu sichern und Menschenleben zu

schützen.

- 24 Im Jahr 2023 gab es die höchste Rate an Anschlägen, die von Rechtsextremen begangen wurden.
- 25 Auch das Treffen zwischen hochrangigen AfD-Politiker*innen, Neonazis, finanzstarken
26 Unternehmer*innen und einigen Mitgliedern der Werteunion und CDU, um über
sogenannte
27 „Remigration“ zu sprechen, hat uns abermals vor Augen geführt, dass der
Rechtsextremismus
28 weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie, die Innere Sicherheit und das
29 gesellschaftliche Miteinander in Deutschland ist. In unserer Gesellschaft ist
rassistisches,
30 antisemitisches, antimuslimisches queerfeindliches und antifeministisches Denken und
ein
31 Gedankengut, das sich gegen arme Menschen, Menschen mit Behinderung und gegen
Sinti*zze und
32 Rom*nja richtet, schon sehr lange weit verbreitet. Rechtsextreme setzen genau hier an,
33 befördern Hass und Gewalt. Sie verschieben die Grenzen des Sagbaren und damit
auch des
34 Machbaren.
- 35 Für die Monate des ersten Halbjahres 2023 lag die Zahl der erfassten
rechtsmotivierten
36 Straftaten jeweils deutlich über denen der Vorjahre. Hinzu kommt eine hohe
Dunkelziffer.
37 Politik und Sicherheitsbehörden haben auf diese Bedrohung zu lange nicht konsequent
reagiert
38 und tun dies in Teilen bis heute nicht. Dies ist auch begründet in Vorurteilen, die in
39 Gesellschaft, Politik und Sicherheitsbehörden vorzufinden sind. Diese Zahlen weisen
einmal
40 mehr darauf hin, dass rechtsextremistische Angriffe die größte Bedrohung für unser
41 demokratisches Zusammenleben sind. Politik und Sicherheitsbehörden haben auf
diese Bedrohung
42 zu lange nicht konsequent reagiert. Es ist daher an der Zeit, diesem demokratischen
Konsens
43 Taten folgen zu lassen und der Bekämpfung rechtsextremer Strukturen oberste
Priorität
44 einzuräumen. Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit, Konsequenzen - das sind die
Forderungen
45 der Angehörigen der Opfer und Überlebenden des Anschlages in Hanau. Diese
Forderungen müssen
46 von uns Demokrat*innen konsequent vorangetrieben werden.
- 47 Es ist unsere Aufgabe, Rechtsextremismus, sowie die Ursachen von rassistischem,
48 antisemitischem und diskriminierenden Gedankengut zu bekämpfen. Wenn sich
Menschen in einem
49 Land nicht sicher fühlen können, werden sie ausgegrenzt. Wenn Gerechtigkeit und
Konsequenzen
50 nicht folgen, schwindet das Vertrauen in den Staat und unsere Demokratie. Nicht
zuletzt
51 sorgt das dafür, dass sich Betroffene abwenden. Das schadet unserem
demokratischen

52 Miteinander. Wir müssen Sicherheit für alle gewährleisten. Gleichzeitig müssen wir
53 unsere
54 Demokratie fördern und sicherstellen, dass sich alle Menschen an ihr beteiligen
55 können.

54 Daher wollen wir:

55 **1. Rechtsextreme Netzwerke in den Blick nehmen und konsequent verfolgen**

56 Wir müssen rechtsextreme Netzwerke stärker in den Fokus nehmen. Es gilt mehr denn
57 je, unsere
58 Sicherheitsbehörden zu befähigen, rechtsextreme Netzwerke und Strukturen zu
59 erkennen und sie
60 aufzulösen. Wir unterstützen sie weiterhin dabei, sich resilienter aufzustellen. Dazu
61 zählen
62 insbesondere die **Finanzquellen**, auch im europäischen und internationalen Kontext.
63 Denn die
64 rechtsextreme Szene hat sich über Jahrzehnte international vernetzt und
65 Finanzstrukturen
66 aufgebaut. Dazu muss die Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und
67 Finanzbehörden
68 verbessert werden, um ein entschlossenes Vorgehen gegen
69 **Finanzierungsnetzwerke** zu
70 ermöglichen. Um die zunehmend international vernetzten Netzwerke zu stoppen,
71 braucht es eine
72 konsequente und gut abgestimmte polizeiliche sowie nachrichtendienstliche
73 europaweite
74 Zusammenarbeit mit einheitlichen rechtsstaatlichen Standards.

66 Wir müssen außerdem noch konsequenter gegen Rechtsextreme vorgehen. Dazu zählt
67 eine
68 **konsequente Entwaffnung von Verfassungsfeinden**. Die Evaluierung des
69 Waffenrechts hat erneut
70 deutlich gemacht, dass Verfassungsfeinde immer noch zu leicht legal an Waffen
71 kommen. Wer
72 Mitglied einer verfassungsfeindlichen Gruppe ist, darf keinen Waffenschein halten und
73 muss
74 seine oder ihre Waffen abgeben. Neben der Verschärfung des Waffenrechts braucht es
75 in den
76 Ländern entsprechende Kapazitäten für Waffenkontrollen,
77 Zuverlässigkeitsüberprüfungen und
78 Erlaubniswiderrufe.

73 Um rechtsextreme Straftaten mit allen Mitteln des Rechtsstaates zurückzudrängen,
74 braucht es
75 **Schwerpunktstaatsanwaltschaften**, die sich rechtsextremen Straftaten widmen
76 und dafür mit
77 ausreichend Personal ausgestattet sind, damit Verfahren sorgfältig und zügig geführt
78 und die
79 Rechtsdurchsetzung gewährleistet werden kann. Dort, wo nicht vollstreckte
80 Haftbefehle gegen
81 Rechtsextreme vorliegen, müssen diese zügig und konsequent vollstreckt werden.

Genauso

- 78 braucht es die Sensibilisierung mit entsprechenden Inhalten in der Aus- und
Weiterbildung
79 von Jurist*innen
- 80 Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst steht mit beiden
Beinen
81 auf dem Boden des Grundgesetzes. Rechtsextreme Vorfälle im Öffentlichen Dienst
erschüttern
82 das **Vertrauen in unsere staatlichen Behörden** und schaden damit nicht zuletzt
ihrem Ansehen.
83 Von Diskriminierung betroffene Menschen wenden sich aufgrund von schlechten
Erfahrungen und
84 Angst vor Diskriminierung häufig nicht an die Polizei. So erhöht sich auch die
Dunkelziffer
85 in der Polizeilichen Kriminalstatistik. Fehlverhalten muss konsequent aufgeklärt
werden. Die
86 Reform des Disziplinarrechts war dafür ein wichtiger Schritt. Nun muss dessen
konsequente
87 Anwendung sichergestellt werden und weiter an der Einstellungspraxis, der
Behördenkultur und
88 der Weiterbildung gearbeitet werden. Unsere Sicherheitsbehörden müssen für alle
Menschen
89 verlässlicher und vertrauensvoller Ansprechpartner sein. Es braucht deshalb auch
90 verpflichtende und regelmäßige diskriminierungskritische Weiterbildungen für
Beamt*innen
91 sowie weitere Studien über das Ausmaß rassistischer und antisemitischer
Einstellungsmuster
92 und Verhaltensweisen bei den Sicherheitsbehörden. Die Umsetzung des
93 Hinweisgeberschutzgesetzes, aber auch die Schaffung von unabhängigen
Polizeibeauftragten
94 sind Bausteine zur Stärkung des Vertrauens.
- 95 Die AfD ist eine Partei, die unsere Demokratie verachtet. Nicht umsonst haben unsere
96 Sicherheitsbehörden schon diverse AfD-Gliederungen und Landesverbände als
gesichert
97 rechtsextrem eingestuft. Ein **Parteienverbot** ist ein Instrument aus dem breiten
98 Instrumentenkasten der wehrhaften Demokratie, das unsere Rechtsordnung im Kampf
gegen
99 verfassungsfeindliche Parteien ausdrücklich vorsieht - auch wenn es zu recht
erhebliche
100 verfassungsrechtliche Hürden gibt. Unsere Verfassungsorgane müssen die aktuellen
101 Einschätzungen der Sicherheitsbehörden und die Argumente eines Verbots sorgfältig
prüfen und
102 aus den Erkenntnissen die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Auch die
Vorfeldorganisationen
103 der AfD dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Diese spielen eine entscheidende
Rolle bei
104 der Vernetzung und Personalrekrutierung der rechtsextremen Szene. Deshalb stehen
Vereine und
105 Organisationen wie etwa die „Identitäre Bewegung“ oder auch die „Junge Alternative“

zu Recht

106 im Fokus der Sicherheitsbehörden. Mögliche Vereinsverbote sind ernsthaft zu prüfen.

107 2. **Unsere Institutionen widerstandsfähiger machen**

108 Verfassungsfeinde versuchen die Pfeiler unserer freiheitlichen Demokratie ins Wanken
zu

109 bringen. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir unsere Institutionen so aufstellen,
dass sie

110 widerstandsfähiger und wehrhafter sind.

111 Um die **Unabhängigkeit der Verfassungsgerichte** auch zukünftig abzusichern,
müssen diese

112 verfassungsrechtlich gesichert sein. So können beispielsweise die Organisation der
Gerichte,

113 die Anzahl der Kammern, der Richterwahlmodus, und die Anzahl der Richter*innen und
deren

114 Amtszeit unmittelbar in der Verfassung verankert werden.

115 Um die Landkreise und Gemeinden dabei zu unterstützen, die Instrumente der
wehrhaften

116 Demokratie umzusetzen, kann eine **Stabsstelle wehrhafte Demokratie**, die in
einem Ministerium

117 der Länder angesiedelt sein kann, sie dabei unterstützen und beraten. Es braucht
einen

118 breiten Instrumentenkoffer zum Schutz demokratischer und rechtsstaatlicher
Institutionen,

119 der ständig evaluiert und wo nötig ausgebaut wird.

120 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und
Rechtsstaatlichkeit

121 bildet das Fundament unserer Demokratie. Wir erleben aber gerade europaweit, dass
diese

122 Werte der EU systematisch ausgehöhlt werden. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die
123 bestehenden **Rechtsstaatsinstrumente der EU** konsequenter und schneller genutzt
und

124 weiterentwickelt werden. Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, soll allen
hier

125 lebenden Menschen Schutz bieten. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von
EU-Recht

126 beschränkt, ist ihre Schutzwirkung, zumindest in den Mitgliedsstaaten, die keine
127 äquivalenten nationalen Grundrechte haben, bislang begrenzt. Das wollen wir ändern:

Wenn

128 eine Regierung die Grundrechte ihrer Bürger*innen verletzt, soll sie dafür auch auf
129 europäischer Ebene belangt werden können. Wir wollen außerdem das Recht auf

130 Schwangerschaftsabbruch in der EU-Grundrechte-Charta verankern. So verhindern wir,
dass die

131 Errungenschaften der letzten Jahre von autoritären Kräften zurückgedreht werden.

132 3. **Betroffene schützen**

133 Neben repressiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus müssen wir diejenigen
unterstützen, die

- 134 zur Zielscheibe von rechtsextremer Gewalt und Bedrohung werden. Sie brauchen
verlässliche
- 135 **Anlaufstellen**, die ihnen mit rechtlicher und psychosozialer Beratung zur Seite
stehen. Es
- 136 ist eine staatliche Aufgabe, diese nachhaltig und verlässlich zu finanzieren. Um
Betroffene
- 137 auch im digitalen Raum besser zu schützen, muss das **Gesetz gegen digitale
Gewalt** zügig
- 138 verabschiedet werden.
- 139 Es ist zudem unsere Aufgabe, einen würdigeren Umgang mit Opfern und
Hinterbliebenen von
- 140 rechtsextremen Gewalttaten und Terroranschlägen zu finden. Viel zu oft wurde in der
141 Vergangenheit über die Betroffenen geredet, statt mit ihnen zu reden. Wir sehen es als
- 142 Aufgabe des Staates an, **Opferhilfen und -entschädigungen** in angemessener
Höhe schnell und
- 143 unbürokratisch zur Verfügung zu stellen.
- 144 **Rassistische und antisemitische Straftaten** sollen umfassend statistisch erfasst
werden. Dazu
- 145 muss unter anderem die Statistik der politisch motivierten Kriminalität reformiert
werden.
- 146 Die Themenfelder, aber auch die Kategorisierung von Fällen müssen einer
wissenschaftlichen
- 147 Überprüfung unterzogen und entsprechend reformiert werden, um ein umfassenderes
Bild über
- 148 die Kriminalitätssituation in Deutschland zu erhalten. Sicherheitsbehörden müssen für
die
- 149 verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus, Rassismus, Frauen- und
150 Queerfeindlichkeit sensibilisiert werden, um entsprechende Sicherheitsmaßnahmen zu
151 gewährleisten und verlässliche Ansprechstelle für Betroffene sein.
- 152 Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es
Politiker*innen
- 153 Journalist*innen oder Ehrenamtliche, müssen durch unseren Staat besser geschützt
werden.
- 154 Deshalb gilt es jetzt, die geplante **Reform des Melderechts** anzugehen.
- 155 Wir wollen, dass sich Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, auch mit
rechtlichen
- 156 Mitteln effektiv wehren können. Das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)**
soll vor
- 157 Diskriminierung schützen. Leider gibt es aber rechtliche Lücken, durch die Betroffene
sich
- 158 nicht ausreichend gegen Diskriminierung wehren können. Das wollen wir endlich
ändern! Wir
- 159 wollen das AGG überarbeiten, Schutzlücken schließen und den Anwendungsbereich
ausweiten.
- 160 Zusätzlich sollen Landesantidiskriminierungsgesetze in den Ländern eingeführt
werden, um den
- 161 Schutz vor staatlicher Diskriminierung weiter zu stärken. Das Netz von Anlauf- und

162 Beratungsstellen gegen Diskriminierung wollen wir erweitern und verlässlich
163 finanzieren.

163 4. **Demokratie stärken**

164 Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – sie steht von vielen Seiten unter Druck.
165 Sie

165 muss ständig verteidigt, gestärkt und gelebt werden. Sie braucht Menschen, die
166 demokratische

166 Kultur vor Ort leben und sie erhalten. Die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die
167 für Demokratie, Vielfalt und Solidarität eintreten und entschlossen Rassismus,
168 Antisemitismus und Hass Paroli bieten, sind elementar für den Schutz unserer
169 Demokratie.

169 Diese Arbeit müssen wir verlässlich finanzieren. Deshalb müssen wir jetzt schnell das
170 **Demokratiefördergesetz** einführen. In Zeiten des Rechtsrucks darf bei dieser
171 elementaren

171 Säule einer wehrhaften Demokratie nicht gespart werden. Dadurch verbessern wir
172 insbesondere

172 die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Förderung des zivilgesellschaftlichen
173 Engagements

173 und schaffen mehr Planungssicherheit und Kontinuität.

174
175 International vernetze rechte, reaktionäre, antifeministische und anti-demokratische
176 Akteure

176 versuchen die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft, der Universitäten und
177 Wissenschaft

177 und in Kunst und Kultur einzuschränken. Dem stellen wir uns entschlossen entgegen
178 und setzen

178 uns für eine effektive Stärkung einer unabhängigen, lebendigen, feministischen und
179 kritischen Zivilgesellschaft im In- und Ausland ein.

180 Darüber hinaus müssen wir die **politische Bildung** für Menschen jeden Alters
181 strukturell und

181 finanziell stärken und Strategien gegen Desinformation vermitteln. Denn indem wir die

182 Medienkompetenzen und das Verständnis für demokratische Prozesse stärken, machen
183 wir unsere

183 demokratische Gesellschaft im digitalen Zeitalter resilienter.

184 Als Demokrat*innen müssen wir die **Brandmauer nach rechts** stärken und dauerhaft

185 aufrechterhalten. Jegliche Kooperation mit der AfD und anderen Demokratiefeinden ist
186 eine

186 klare Absage zu erteilen. Auch einer Diskursverschiebung nach rechts stellen wir uns
187 entschieden entgegen. Alle Demokrat*innen sind in der Pflicht, die Grenzen zu
188 menschenfeindlichen Positionen auch inhaltlich aufrechtzuerhalten.

189 Gute **Präventions- und Aufklärungsarbeit** ist das beste Mittel, um
190 Menschenfeindlichkeit

190 zurückzudrängen. Dafür brauchen wir auch einen europaweiten Erfahrungsaustausch
191 demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Außerdem muss die
192 Bildungsarbeit

192 an Schulen oder Jugendeinrichtungen gestärkt werden.

193 Unsere Demokratie stärken wir auch, indem wir sicherstellen und aktiv fördern, dass
alle
194 Menschen teilhaben können. Deshalb wollen wir ein **Bundespartzipationsgesetz**
einführen und
195 einen Partizipationsrat einrichten. Wichtige politische Entscheidungen sollen nicht über
die
196 Menschen, sondern mit ihnen getroffen werden. Denn Demokratie und Diversität
bedingen sich
197 einander. Deswegen braucht eine starke Demokratie eine starke Repräsentation und
Teilhabe
198 auf verschiedenen Ebenen. Das gilt gerade auch für politische Parteien.

199 Als Partei haben wir uns dazu verpflichtet, unsere **Strukturen** inklusiver zu gestalten,
damit
200 sich mehr Menschen mit Migrationsgeschichte einbringen. Die demokratischen
Parteien
201 Deutschlands benötigen Strategien, um Menschen mit Migrationsgeschichte besser
anzusprechen,
202 für politische Ämter zu fördern und ihre Perspektiven und Erfahrungen sichtbar zu
vertreten.
203 Das fördert unser gesellschaftliches Miteinander.

204 5. **Aufklärung und Erinnerung vorantreiben**

205 Wir teilen den Wunsch der Hinterbliebenen und der Zivilgesellschaft nach **lückenloser**
206 **Aufklärung und Aufarbeitung** von rassistischen, antisemitischen und
rechtsterroristischen
207 Anschlägen in Deutschland. Noch zu häufig bleiben die Hintergründe und mögliche
Netzwerke im
208 Dunkeln. Das bestehende Aufklärungsdefizit muss dringend und konsequent behoben
werden.

209 Als Gesellschaft ist es unsere Pflicht, aus rechtem Terror die richtigen Konsequenzen zu
ziehen und die Erinnerung an die Taten nicht verblässen zu lassen. Das **NSU-**
211 **Dokumentationszentrum** und das Rechtsextremismus-Archiv können als Blaupause
dienen und
212 müssen in enger Abstimmung mit Betroffenen aller Opfergruppen und der
organisierten
213 Zivilgesellschaft, zeitnah und langfristig umgesetzt werden. So ermöglichen wir es der
214 Zivilgesellschaft, Journalist*innen und der Wissenschaft besseren Zugang zu Akten zu
215 erhalten und tragen damit zur Aufarbeitung von rechtsterroristischen Anschlägen bei.